26. September 2017

VERSCHÄRFUNG DER REGELUNGEN ZUR PRÜFMÖGLICHKEIT AUSLÄNDISCHER INVESTITIONEN IN DEUTSCHLAND

DIE BUNDESREGIERUNG HAT MIT WIRKUNG ZUM 18. JULI 2017 DIE REGELUNGEN ZUR PRÜFUNG DES VOLLSTÄNDIGEN ODER TEILWEISEN ERWERBS DEUTSCHER UNTERNEHMEN DURCH AUSLÄNDISCHE INVESTOREN VERSCHÄRFT. DIE PRÜFUNGSKRITERIEN BLEIBEN ZWAR VORERST, OB EINE ÜBERNAHME ODER EIN BETEILIGUNGSERWERB WESENTLICHE SICHERHEITSINTERESSEN ODER DIE ÖFFENTLICHE SICHERHEIT UND ORDNUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND GEFÄHRDEN. DIE AUSLEGUNG DIESER UNBESTIMMTEN BEGRIFFE UNTERLIEGT ABER DEM WANDEL DER ZEIT UND DER TECHNISCHEN WEITERENTWICKLUNG. GERADE DIE ZUNAHME VON VERMUTLICH VON AUSLÄNDISCHEN STAATEN GETRIEBENEN DIREKTINVESTITIONEN IN TECHNOLOGIEUNTERNEHMEN IN DEUTSCHLAND SOWIE CYBERANGRIFFE AUF ZIVILE UND SICHERHEITSRELEVANTE BEREICHE IN DEUTSCHLAND HABEN VERSCHIEDENE BRANCHEN UND UNTERNEHMEN IN DEN FOKUS DER AUSSENWIRTSCHAFTSVERORDNUNG/DES AUSSENWIRTSCHAFTSRECHTS GERÜCKT. DIE DERZEIT FÜR EINE INVESTITIONSPRÜFUNG RELEVANTEN BRANCHEN UND UNTERNEHMEN WURDEN NUN VON DER BUNDESREGIERUNG KONKRETISIERT UND ERWEITERT. ZUKÜNFTIG SIND WOHL WEITERE ÄNDERUNGEN ZU ERWARTEN: DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION HAT AM 13. SEPTEMBER 2017 DEN ENTWURF EINER VERORDNUNG ZUR (ERSTMALIGEN) EINFÜHRUNG EINES EUROPÄISCHEN RAHMENS FÜR DIE INVESTITIONSPRÜFUNG VORGELEGT. ([mehr...](#))